Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 29 (1949-1950)
Heft: 2

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 18.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

★ Politische Rundschau ★

Zur Lage

Im unmittelbaren Anschluß an den Atlantikpakt, und zweifellos in innerem Zusammenhang mit dessen Unterzeichnung, kam in Washington endlich die Einigung der westlichen Großmächte über das

Besetzungsstatut für Deutschland

zustande, auf die man jahrelang hatte warten müssen. So bedeutet der Abschluß dieses Statuts einen großen Fortschritt, und zwar hat es den Anschein, als sei dieser in der Hauptsache einer direkten Verständigung zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten, praktisch zwischen Schuman und Acheson, zuzuschreiben. Unter Umständen könnte diese Verständigung zwischen den zwei Ländern, deren Auffassungen gerade in der deutschen Frage am stärksten auseinandergingen, für die künftige Entwicklung der Weltpolitik von Bedeutung werden, wenn sie erhalten bleibt. Dabei erweist sich, daß Frankreich gegenüber seinen bisher vertretenen Auffassungen sehr erhebliche Konzessionen gemacht hat, wenn man wenigstens den Formulierungen folgt, zu denen das Statut gelangt ist. Vor allem gilt dies in der Frage des Vetorechtes, wo sich die französische Politik bis dahin unerbittlich gezeigt hatte, und wo nun ein Zustand festgelegt ist, der ein definitives Veto auch in den Hauptfragen — Sicherheit und demokratisches Regime Deutschlands — ausschaltet. Es besteht Grund zu vermuten, daß die französische Politik in Washington die Überzeugung gewonnen hat, die Sicherheit ihres Landes könne trotz diesem Verzicht für die Zukunft gleichwohl als gewährleistet gelten, und allem Anschein nach hat man seitens der amerikanischen Politik einigermaßen bestimmte Zusicherungen nach dieser Richtung gegeben. Es wäre nämlich sonst kaum verständlich, daß Frankreich so weitgehende Konzessionen gemacht hat, und zwar in der Hauptsache deswegen, weil die innenpolitische Entwicklung des Landes mit den offenbaren Rechtstendenzen, wie sie bei den Kantonalwahlen zum Ausdruck gekommen sind, einer Kompromißbereitschaft in diesem für französisches Empfinden entscheidenden Punkt durchaus entgegenstünde. Offensichtlich war also Schuman in der Lage, de Gaulle gegenüber beruhigende Zusicherungen nach dieser Richtung zu machen. Sonst wäre der Sturm in Frankreich wohl unvermeidlich gewesen. Auch so scheint die Politik der «Befriedung», welche die Westmächte unter der Führung der Vereinigten Staaten gegenüber Deutschland durchzuführen sich entschlossen haben, ein Tempo zu verfolgen, das in gewissen französischen Kreisen, und zwar besonders im Elsaß, als etwas allzu stürmisch empfunden wird. Dies zeigten wenigstens die Zwischenfälle, die sich jüngst an der Universität Straßburg ereigneten, wo ein deutscher Dozent, der im Rahmen einer akademischen Abzweigung der Europäischen Union sprechen sollte, daran verhindert worden ist, trotzdem es sich bei

der betreffenden Persönlichkeit um einen Mann handelt, der sich um den deutschen Widerstand verdient gemacht hat. Nun ist das Elsaß, und im besonderen Straßburg, natürlich ein besonders empfindlicher Boden für die Inaugurierung französisch-deutscher Verständigungsbestrebungen, und man wird es zumal den Lehrern der dortigen Universität kaum allzusehr verargen dürfen, wenn sie in dieser Hinsicht eine besondere Bereitschaft nicht an den Tag legen; zu frisch ist noch die Erinnerung an die Geschehnisse, die sich während des Krieges in Clermont-Ferrand ereigneten, wo die dorthin zurückverlegte Universität von der Gestapo attackiert wurde.

Inwieweit nun das Besetzungsstatut für Deutschland in Kraft gesetzt werden kann, hängt nicht nur von einer Verständigung mit den Stellen Westdeutschlands zum Grundgesetz ab, sondern ebenso von der

Entwicklung der allgemeinen politischen Lage.

Allein wie diese auch laufen mag: es kann wohl davon ausgegangen werden, daß die Westmächte die Zeit für eine Lockerung des bisherigen Militärregimes der Besetzung endgültig für gekommen erachten. Wenn dabei auch verschiedene wesentliche politische Reservate zu ihren Gunsten bestehen bleiben, indem den deutschen Stellen sowohl die Außenpolitik wie die Außenhandelspolitik vorerst entzogen sein soll, so dürfte doch wohl kaum ein Zweifel mehr darüber bestehen, daß nun die Entwicklung in Deutschland in Kürze einen positiven, stark nach aufwärts gerichteten Gang einschlagen wird, — sei es, je nach dem Gang der allgemeinen politischen Dinge, Westdeutschland allein, oder dann das geeinte Rumpfdeutschland. Mit dieser Entwicklung ist zu rechnen und sie wird ihren maßgebenden Einfluß auf die politischen und auf die wirtschaftlichen Dinge Europas und der Welt in kurzer Frist ganz bedeutend spürbar machen.

Aus der Berichtsperiode wäre weiter festzuhalten die

politische Entwicklung in England,

im Zusammenhang mit den Wahlen in den Grafschaften, der Vorlage des Budgets durch Sir Stafford Cripps, und dem Programm der Labour-Partei für die allgemeinen Wahlen des Jahres 1950. Wie man nun auch diese drei Dinge beurteilen mag: es dürfte zweckmäßig sein, im Zusammenhang mit ihnen mit Prognosen für diese Wahlen zurückzuhalten; die durch die Grafschaftswahlen gegebenen Anhaltspunkte erscheinen hiefür aus verschiedenen Gründen nicht unbedingt schlüssig. Anderseits kann wohl kaum behauptet werden, daß sich das Wahlprogramm der Regierungspartei als besonders gemäßigt erweise, wie hier und dort gesagt worden ist. Denn zweifellos würde ganz besonders die Verstaatlichung des Versicherungswesens einen höchst bedeutsamen und folgenschweren Eingriff in das wirtschaftliche Gefüge des Landes bedeuten, ganz abgesehen von den weiteren Plänen, und abgesehen auch von den unmißverständlichen Drohungen, welche das Regime an andere Wirtschaftszweige, so beispielsweise die Reedereien, zu richten für gut erachtet hat. Weiterhin steht keineswegs fest, daß das Budget seine für das Regime nachteiligen Auswirkungen soweit ausstrahlen wird, daß dadurch die Wahlen des nächsten Jahres in entscheidender Weise beeinflußt werden. Denn ohne Zweifel stehen dem Regime noch verschiedene Möglichkeiten zur Verfügung, das strenge Regiment bis dahin zu lockern, das in den Zahlen des Budgets zum Ausdruck kommt. Zudem

sind selbstverständlich alle Perspektiven, die mit Bezug auf die Wahlen des nächsten Jahres angestellt werden mögen, in entscheidendem Maße dem Einfluß der allgemeinen politischen Dinge ausgesetzt, so daß also für das Regime Entscheidendes davon abhängt, inwieweit die Politik Bevins am Ende den Erfolg davonträgt.

Jann v. Sprecher

Brief aus Paris

Seit einiger Zeit vollzieht sich in den Gedankengängen der französischen Nation eine Pendelbewegung, die zur Folge hat, daß die öffentliche Meinung die Lösung der heute vorwiegend wirtschaftliche Charakterzüge aufweisenden Tagesprobleme bald auf parlamentarischem Gebiete sucht, um sich dann wieder der Erörterung von Wirtschaftsgrundsätzen zu widmen. Bis vor kurzem überwogen die politischen Lösungsversuche, was der traditionellen Einstellung des Durchschnittsfranzosen zu Wirtschaftsfragen entsprach. Politik und Wirtschaft sind eben zwei Begriffe, die im Gehirn von Monsieur Durand noch immer ein sauber getrenntes Eigendasein führen. Für ihn war Politik bis vor kurzem gleichbedeutend mit Parteiwesen. Er denkt auch jetzt ungerne «weltpolitisch» oder «weltanschaulich» und schon am allerwenigsten «weltwirtschaftlich»; für ihn vereinfacht sich die Politik auf eine geringe Anzahl von feststehenden Begriffen. Außenpolitik ist, was Frankreich gegen Deutschland schützt, Innenpolitik ist, was die Republik gegen die Reaktion sichert, das Unkraut der Verwaltung von Zeit zu Zeit ausjätet und die Unordnung in den Staatsfinanzen aufdeckt, so oft zwischen Steuereingängen und staatlichen Leistungen ein allzu großer Widerspruch klafft. Wie die sich hieraus ergebenden Zielsetzungen zu erreichen sind, dafür bietet jede politische Partei ihr eigenes Rezept. Diese Rezepte studiert er gewissenhaft, und er hat über ihren Inhalt sehr klare Ideen. Er trifft seine Wahl unter ihnen und bleibt der Partei, der er sich angeschlossen hat, wenn auch nicht unbedingt ergeben, so doch in den meisten Fällen treu bis zu seinem Lebensende.

Wirtschaft hingegen gehört für Monsieur Durand auf ein anderes Blatt. Dort duldet er staatliche Eingriffe höchst ungerne und räumt auch den politischen Parteien keine beratende Funktion ein. Wirtschaft ist in seinen Augen die Summe von Einzelinitiativen, über die er niemandem Rechenschaft schuldet, schon um zu verhindern, daß der ewig neugierige Fiskus die wahre Höhe seines Einkommens erfährt.

Die ohnehin fehlende Bereitschaft der Franzosen, Wirtschaftsfragen im wirtschaftlichen Gesichtswinkel zu untersuchen, wurde nun noch dadurch gestärkt, daß das Land seit dem Jahre 1945 in einer fast ununterbrochenen Wahlperiode lebte. Nun ist das französische Volk viel weniger für Wahlen erzogen worden als etwa das schweizerische. Seit einem putschartigen Eingriff des Staatspräsidenten in das parlamentarische Getriebe vor guten siebzig Jahren galt es als ein ungeschriebenes Gesetz, daß die Kammer nicht vorzeitig aufgelöst werden darf. Daher hat der Franzose nur einmal in je vier Jahren seinen Abgeordneten gewählt, und nur einmal in je drei Jahren wurde jedesmal die Hälfte der Senatoren durch Wahlen bestimmt. Die übrigen Wahlbefragungen waren lokalen Charakters und störten die politischen Gewässer nicht. Zwei Volksentscheide (die es früher nie gab), ferner mehrere sonstige Wahlen in jedem der Nachkriegsjahre mußten daher den Durchschnittsfranzosen kopfscheu machen.

Diese Periode ist vorbei und die Wahllokale bleiben bis zum Jahre 1951 geschlossen. Die politischen Parteien sind das ewige «Prüfungsfieber» los und die

Zeitungen können aufhören, rein wirtschaftliche Probleme nach politischen Gesichtspunkten zu deuten, um damit Stimmen für die eigene Partei zu werben.

Daher tritt jetzt das Denken in volkswirtschaftlichen Begriffen allmählich in den Vordergrund. Zunächst galt es in diesem Felde, die Währung auf festere Grundlagen zu legen, was allem Anschein nach gelungen ist. Daß die Gefahr der fortlaufenden, wenn auch nur schleichenden

Inflation gebannt ist,

ersieht man nicht nur an der Kursentwicklung des Franc im Auslande (in Zürich stieg der Kurs von 79 Rappen für 100.— Francs auf 1.17 Franken), sondern auch an der Preisentwicklung im Inlande und vor allem am merklichen Rückgang der Handelsumsätze. Der Franzose sah seit 15 Jahren, daß sich die Preise rasch oder langsam, ständig oder ruckweise, im allgemeinen oder in einzelnen Sparten bewegen, jedenfalls aber steigen. Seit dem Jahre 1941 etwa lebte er überdies mit dem Gedanken, daß Waren, die heute zu haben sind, morgen vielleicht auch zu höheren Preisen nicht aufzutreiben sein werden. Er gewöhnte sich daher daran, unter äußerster Anspannung seines persönlichen Budgets viel und rasch zu kaufen. Heute gehört diese Stimmung der Vergangenheit an, der Handel klagt über eine wachsende Zurückhaltung der Käufer und auch weichende Preise locken das Geld nicht mehr aus den Geldbörsen.

Eine gesundete Währung ist nun kein Wirtschaftsaufschwung in sich, sondern nur eine Vorbedingung hiezu, ebenso wie der Keller kein Wohnraum ist, sondern nur das Fundament des Hauses, das errichtet werden soll. Daher setzte in Frankreich in den letzten Wochen eine lebhafte Diskussion über das Thema ein, wie man nun den materiellen Wiederaufbau weiterführen und das Wirtschaftsleben so weitgehend sanieren solle, daß das Land nach Aufhören der Dollarhilfe im Jahre 1952 seiner Bevölkerung einen angemessenen Lebensstandard und hiedurch auch den sozialen Frieden sichern könne.

Die Nadel der Wirtschaftsbussole, die unmittelbar nach Kriegsende starke Schwingungen in die Richtung der Sozialisierung und der staatlichen Wirtschaftssenkung vollzogen hat, steht jetzt fast unbeweglich, etwa in der Mitte zwischen zwei Hauptrichtungen. Niemand denkt daran, die erfolgten Verstaatlichungen rückgängig zu machen, aber alles verlangt nach einer gründlichen

Reorganisierung der verstaatlichten Betriebe.

Die «Caisse d'Assurances Sociales», dieses Gegenstück zur AHV, verschlingt unvorstellbar hohe Einzahlungen, sie erreichen in manchen Fällen bis zu 70 % der effektiv zur Auszahlung gelangenden Löhne; solche Soziallasten kann die Produktion nicht ertragen. Die Kohlenzechen arbeiteten vor dem Kriege mit Gewinn, jetzt, unter staatlicher Führung, muß der Kohlenpreis noch immer subventioniert werden, was auf die Dauer auch unhaltbar ist.

Ganz dem Privatsektor überlassen und dennoch sehr unzufrieden ist die Landwirtschaft. Hier steht man allerdings einem psychologischen und nicht einem volkswirtschaftlichen Problem gegenüber. Die Hungerjahre brachten es mit sich, daß die städtischen Verbraucher jeden Preis bewilligt haben, so daß die paradoxe Lage entstand, daß die Landwirte auch bei schlechten Ernten dick verdienen konnten. Nun behaupten sie, bei den tatsächlich stark gesunkenen Preisen nicht einmal die Selbstkosten herauszuwirtschaften und drohen mit der Einschränkung der Anbauflächen. Weil ihnen kleine Überschüsse große Gewinne eingebracht haben, wollen sie vorbeugende Maßnahmen gegen große Überschüsse treffen.

Diese Entwicklung, ebenso wie die wenig zufriedenstellenden geschäftlichen Ergebnisse sowohl in den verstaatlichten Betrieben wie auch in den meisten In-

dustrien des privaten Sektors, lenken die Aufmerksamkeit, vorerst nur der theoretisch geschulten Köpfe, auf ein ganz neues Problem:

die Produktivität der Arbeit ist zu gering.

Das Phänomen ist nicht auf Frankreich beschränkt, es tritt in allen europäischen Ländern auf. Die Produktivität des amerikanischen Arbeiters ist rund viermal so groß wie diejenige des europäischen Arbeiters, wobei aus dem Unterschied nur etwa der Teil, der dem Verhältnis von 1: 1,8 entspricht, auf Kosten der besseren maschinellen Ausrüstung der amerikanischen Fabriken geschrieben werden darf. Wenn der französische Hauer heute, wo die Fördereinrichtungen der Kohlenzechen überholt oder gegen neue, bessere Maschinen ausgetauscht worden sind, noch immer nur etwa 1 070 kg Kohle pro Schichte fördert, gegenüber etwas über 1 200 kg vor dem Kriege, so kann die französische Industrieproduktion, oder der französische Staatshaushalt, nie in Ordnung kommen. Denn entweder wird der Treibstoff zu teuer sein, oder dann muß der niedrige Kohlenpreis durch staatliche Subventionen gesichert werden. Dieses Problem (wie auch die Wiederherstellung der Rentabilität der Landwirtschaft bei Preisen, die dem städtischen Verbraucher erschwinglich sind, und die Sicherung des Exportabsatzes der Industrieprodukte gegen die drückende Preiskonkurrenz anderer Länder) kann nur in *einer* Weise gelöst werden: durch Hebung der Produktivität pro Arbeitsstunde.

Hiebei stellen sich eine ganze Anzahl von Problemen, die teils mit der Kapitalversorgung der Landwirtschaft und Industrie, teils aber mit der überalterten, allzu konservativen Mentalität des französischen Landwirtes und des Industriellen zusammenhängen. Eine Lösung muß da gefunden werden; aber es ist zu befürchten, daß dies viel Zeit beanspruchen wird.

* * *

Brief aus Washington

Die Politik der Vereinigten Staaten gegenüber Deutschland

ist seit langem ein äußerst umstrittener Diskussionsgegenstand. Tausende von Artikeln in den Spalten der Zeitungen, Radiogespräche und Fernsehsendungen, sowie die Stellungnahme vieler Männer des öffentlichen Lebens haben das Problem dem amerikanischen Volke ständig näher gebracht. Überdies ist dieses Problem unentwirrbar verknüpft mit praktisch allen Fragen der amerikanischen Außenpolitik und nicht wenigen der Innenpolitik. Ob der Fortschritt, der durch das Übereinkommen der Herren Acheson, Bevin und Schuman erzielt worden ist, dazu beitragen wird, die Diskussion zum Abflauen zu bringen, bleibt dahingestellt. Auf den einfachsten Ausdruck gebracht kann man sagen, daß die Meinungen darüber auseinandergehen, ob Deutschland mit Milde behandelt werden soll oder ob äußerste Strenge am Platze sei. In den meisten Fällen sind diejenigen, die Milde befürworten, auch jene, die Sowjetrußland am meisten fürchten und hassen, während die anderen, die sich für Strenge einsetzen — mögen sie vielleicht Rußland ebenso hassen und fürchten —, Menschen sind, die Deutschlands neueste Geschichte nicht so leicht vergessen können und diesem Lande weiterhin mißtrauen. Seltsamerweise nehmen beide Parteien zur Unterstützung ihrer Argumente Ereignisse aus der Zeit nach dem ersten Weltkrieg zu Hilfe. Auf der einen Seite sagt man, daß die Vereinigten Staaten nach dem ersten Weltkrieg zwar großzügig gegenüber dem besiegten Deutschland gehandelt

hätten, daß sie sich aber an den europäischen Angelegenheiten nicht genügend beteiligt hätten und auf diese Weise es zuließen, daß Deutschland in den Abgrund stürzte. Dieser Ansicht entgegengesetzt ist die Auffassung, daß die Vereinigten Staaten nicht ein zweites Mal den Deutschen die hilfreiche Hand hinstrecken sollten, nachdem sie sich das erste Mal die Finger verbrannt hätten. Ein wichtiger Faktor in diesem Zusammenhang ist die Ernüchterung des amerikanischen Volkes infolge der Enthüllungen auf dem Gebiete der internationalen Kartelle und der Aufdeckung der Verschwörungen gewisser amerikanischer Geschäftsleute mit ihren deutschen Geschäftsfreunden. Dieses Gefühl ist so stark, daß wichtige Persönlichkeiten in der Umgebung des Präsidenten Truman heftigen Angriffen ausgesetzt sind, weil sie früher einmal mit Finanzinstituten in Verbindung waren, welche nach dem ersten Weltkrieg die private Finanzierung in Deutschland leiteten.

Professor Karl Brandt, der vor nicht langer Zeit in Zürich zu den Mitgliedern der «Schweizerisch-Amerikanischen Gesellschaft für kulturelle Beziehungen» sprach, entwarf die Geschichte der amerikanischen Politik gegenüber Deutschland in der Zwischenkriegszeit. Nach der Zusammenfassung seiner Ausführungen zu urteilen, gibt es an seiner Darstellung wenig auszusetzen [1]). So sind es z. B. nur wenige, die heute noch den Morgenthauplan befürworten, der praktisch Deutschland zum reinen Agrarstaat machen würde. Anderseits könnte man, glaube ich, die Deutung und Auslegung anfechten, die Professor Brandt der Anerkennung Sowjetrußlands durch die Vereinigten Staaten im Jahre 1933 gab. Dieser Schritt war nicht bloß eine konsequente Reaktion auf die Entwicklung in Deutschland, er war weit eher ein frühes Zeichen dafür, wie idealistisch Präsident Roosevelt die internationalen Beziehungen zu gestalten gedachte. Darin allerdings hat Professor Brandt recht, daß Präsident Roosevelt zur Zeit seines Todes unter einer gewissen Ernüchterung litt.

Ich glaube, wir können mit Nutzen zwei Gebiete erforschen, die unlösbar mit jeder Diskussion der amerikanischen Politik in Deutschland verbunden sind, und denen Professor Brandt, wie mir scheint, zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt hat. (Ich bin natürlich im Nachteil, da ich nur eine Zusammenfassung seiner Ausführungen gelesen habe.) Diese zwei wichtigen Aspekte des Problems sind:

1. die Natur der amerikanischen Kritik an unserer eigenen Militärregierung in Westdeutschland, und
2. die nicht zu leugnende Tatsache, daß die amerikanische Politik in Deutschland nicht für sich allein betrachtet werden kann, sondern immer im Lichte der Politik gegenüber ganz Europa studiert werden muß.

Wie General Clay bemerkt hat, erzeugt jeder amerikanische Schritt in Westdeutschland tiefgehende Erschütterungen in den anglo-amerikanischen und franko-amerikanischen Beziehungen. Daß die Bildung einer westdeutschen Regierung so lange verzögert wurde, beweist die Richtigkeit der zweiten Annahme. Man darf voraussetzen, daß die Außenminister von Frankreich, Großbritannien und den Vereinigten Staaten Meinungsverschiedenheiten ausgemerzt haben, die seit langer Zeit die Vereinheitlichung Westdeutschlands behindert hatten. Die in Frage stehenden Probleme sind wirtschaftlicher, politischer und militärischer Natur. Die Einstellung Frankreichs hat in beträchtlichem Maße dazu beigetragen, eine Lösung für diese Probleme zu finden: an der Washingtoner Konferenz waren die Konzessionen, die Schuman machte, weitaus die wichtigsten. Dazu soll hier festgehalten werden, daß Frankreichs Einstellung gegenüber Deutschland von einem ansehnlichen Teil der öffentlichen Meinung Amerikas unterstützt wird.

Die wirtschaftliche Wiedergeburt Deutschlands muß notwendigerweise eine tiefe Wirkung auf Frankreich und Großbritannien haben. Diese beiden Länder sind

---

[1]) Vergl. NZZ., Nr. 454, vom 5. März 1949.

daran, sich den Weg zurück zur finanziellen Stabilität zu erkämpfen. Manchmal prallen ihre Interessen auf diejenigen der amerikanischen Politiker, die sich alle Mühe geben, dem amerikanischen Steuerzahler die Last der Besetzungskosten zu erleichtern. (Auf die eine oder andere Art unterstützen die Vereinigten Staaten Westdeutschland mit Hunderten von Millionen Dollar jedes Jahr.) Die Hoffnung auf eine gerechte Lösung dieses Problems liegt in der fruchtbringenden Entwicklung der Westunion. Daß Großbritannien eine sozialistische Regierung besitzt, daß ferner Frankreich innenpolitisch mitten in Wirren steckt und außerdem eine starke kommunistische Minderheit hat und die Tatsache, daß die Vereinigten Staaten im Grunde eine konservative, kapitalistische Nation sind, all' diese Faktoren schaffen schwierige politische Probleme. So grenzt es beinahe an ein Wunder, daß es diesen drei Nationen gelungen ist, eine einheitliche Politik für das besiegte Deutschland festzulegen. Diese Erfahrung soll uns als Lehre dienen. Die damit verbundene

militärische Frage

liegt klar zu Tage. Sie windet sich durch die ganze deutsche Frage. Amerikaner, Briten und Franzosen sind einig im Entschluß, daß der deutsche Militarismus nie wieder aufleben soll, aber sie sind nicht einig hinsichtlich der Mittel, die diesen Entschluß verwirklichen sollen. Die Franzosen sind für die radikalsten Mittel. Sie lassen nicht vom Gedanken ab, daß das Krebsübel der deutschen Angriffslust jetzt für immer ausgemerzt werden soll. In den Vereinigten Staaten sowohl als in Großbritannien findet diese Ansicht in weiten Kreisen mächtige Unterstützung. Es gäbe wahrscheinlich wenig Streit über diese Frage, wenn die Drohung aus dem Osten nicht wäre. Infolge dieser Drohung erhebt sich das heikle Problem, Deutschland diesseits des eisernen Vorhanges zu erhalten und es vielleicht als möglichen Verbündeten zu fördern. Dieses Thema ist es, das die amerikanischen Gemüter in Wallung bringt. Noch nicht völlig vertraut mit dem Spiel der Machtpolitik, bewahren die Vereinigten Staaten gewisse idealistische Hemmungen, die vielleicht nicht zur Realpolitik passen. Fast immer steht das Maß, in welchem ein Amerikaner diese Hemmungen abgebaut hat, in einem direkten Verhältnis zu seinem Haß gegen Rußland, oft auch zu seiner Resignation gegenüber der Unvermeidlichkeit eines Krieges zwischen West und Ost. Die amerikanische Militärregierung in Deutschland ist scharf, vielleicht ungerecht kritisiert worden, weil sie in ihrer Einstellung zu Deutschland zu sehr an ihre Lage gegenüber Rußland denke und nicht genügend darauf bedacht sei, den Faschismus auszurotten und sichere Grundlagen zu schaffen für einen neuen, demokratischen Staat. Über dieses Thema sind die Meinungen in den Vereinigten Staaten immer noch scharf getrennt. Unglücklicherweise haben die Deutschen selber zu wenig Zeichen eines ernsten Wunsches gegeben, als gleichwertige Glieder einer demokratischen Gemeinschaft der westlichen Völker zu leben und zu arbeiten. Berichte über die wirtschaftliche Erholung Westdeutschlands, die in den Vereinigten Staaten eintreffen, zeugen von überbordendem Optimismus; dagegen weiß man sehr wenig zu berichten von der Entfachung eines wahrhaft demokratischen Geistes. Es besteht immer noch der Eindruck, daß in ganz Deutschland der Nationalsozialismus weiter schwelt.

Die Unterzeichnung des Atlantikpaktes und das Übereinkommen zwischen Großbritannien, Frankreich und den Vereinigten Staaten hinsichtlich Deutschlands ergeben den Rahmen für eine klärende Auseinandersetzung. Der deutsche parlamentarische Rat in Bonn hat nun Gelegenheit, sich an die Arbeit zu machen und wirklich etwas zu erreichen. Den Westdeutschen wird nun in guter Treue Gelegenheit geboten, für sich selbst die volle Teilhaberschaft in der Gesellschaft der freien Völker zu erwerben mit all' den vielfältigen Vorteilen, die diese nach sich zieht.

Offizielle amerikanische Quellen drücken auch die Hoffnung aus, daß diese Ereignisse die Möglichkeiten einer

Annäherung an Rußland

verbessern könnten, denn das Tor nach Rußland ist noch nicht endgültig zugeschlagen worden. Rußland kann immer noch verhandeln mit dem Ziel der Vereinheitlichung Deutschlands; der Preis ist die Aufhebung der Blockade Berlins. Obwohl die Amerikaner bittere Enttäuschungen erlebt haben, sind sie immer noch bestrebt, eine Lösung der Weltprobleme zu erreichen. Ein amerikanischer Senator hat sogar vorgeschlagen, daß der Atlantikpakt zu einem allgemeinen Nichtangriffspakt erweitert werden solle und daß *alle* Mitglieder der Vereinigten Nationen eingeladen werden sollten, sich diesem Pakt anzuschließen.

Von den vielen hervorragenden Besuchern, die wir in der letzten Zeit in Washington gesehen haben, hat einer einen besonders tiefen Eindruck hinterlassen wegen der Ruhe und Klugheit seiner Betrachtungsweise der europäischen Verhältnisse. Es war

Graf Sforza,

der Außenminister Italiens; seine Einstellung zeugte von beträchtlichem Optimismus. Niemand kann Graf Sforzas Abneigung gegenüber dem Kommunismus überbieten, aber seine negative Einstellung hat ihn seines Gleichgewichts nicht beraubt. (Das ist vielleicht der Grund, weshalb er gegenüber den italienischen Kommunisten so erfolgreich geblieben ist.) Wenn ich ihn nicht falsch verstanden habe, glaubt Sforza nicht an eine Politik, die sich nur als vorteilhaft anti-kommunistisch erweisen würde; er begünstigt ein furchtloses und männliches Anpacken aller Probleme. So glaubt er auch, daß die Deutschen dazu gebracht werden müssen, ihre Rückkehr in die Gemeinschaft der anständigen, freien, demokratisch-gesinnten Völker zu erarbeiten. Er sprach davon, Deutschland einen Sitz am Ratstisch eines geeinten Europa zu reservieren.

Es kann kaum bestritten werden, daß man allgemein wünscht, daß Deutschland die ihm zukommende Stellung in Europa einnehme und es seinen gerechten Anteil am Wohlergehen genieße. Die Amerikaner mögen darüber streiten, wie dieses Ziel erreicht werden könnte, aber hinsichtlich des Zieles gäbe es kaum Meinungsverschiedenheiten. Auf Grund des Übereinkommens, das Anfang April unterzeichnet wurde, haben die Besetzungsmächte Westdeutschlands die Bedingungen geschaffen, unter denen Deutschland, wenn es den Willen dazu hat, sich emporarbeiten kann. Das liegt nun in der Hand des deutschen Volkes.

Richard J. Davis

Der zweite Weltkrieg in englischer Beleuchtung

Fast gleichzeitig haben die beiden bedeutendsten Militärschriftsteller Englands Bücher veröffentlicht, in denen sie die Kriegführung des letzten Weltkrieges einer kritischen Beurteilung unterziehen. Während Captain *Liddell Hart* in seinem Buch: *Die andere Seite des Hügels* auf Grund von Aussagen deutscher Heerführer die Kriegführung der Gegenseite erforscht und sich auf den europäisch-afrikanischen Kriegsschauplatz beschränkt, hat General *Fuller* in seinem Werk: *Der zweite Weltkrieg* eine großangelegte strategisch-politische Überschau des gesamten Kriegsgeschehens in allen Weltteilen geschaffen [1]).

Für den politisch interessierten Leser bietet daher das Fullersche Buch eine reicher fließende Quelle der Erkenntnis, als die auf das militärisch-technische Ge-

[1]) B. H. Liddell Hart: «The other side of the hill». Cassell & Cy. Ltd., London 1948. Major General J. F. C. Fuller: «The second World War». Eyre and Spottiswoode, London 1948.

biet beschränkte Untersuchung Liddell Harts. Aber auch innerhalb dieses eng begrenzten Rahmens finden sich in dem letztgenannten Buch bisher unbekannte Tatsachen von so allgemeiner Bedeutung, wie die Feststellung, daß nicht Hitler der Vater des Durchbruch-Planes durch die Maginot-Linie war, sondern der Feldmarschall von Manstein, und daß Hitler die Umzingelung des englischen Heeres bei Dünkirchen darum nicht zu Ende führte, weil er die Hoffnung auf einen Verständigungsfrieden mit Großbritannien immer noch nicht aufgegeben hatte und von einer allzu großen Demütigung Englands eine verringerte Friedenswilligkeit befürchtete. Aus denselben Motiven heraus hat er auch offensichtlich den Plan der Invasion Englands nur lässig betrieben und bereitwillig aufgegeben.

Aus dem Buch des Generals Fuller wird nicht nur der Soldat, sondern auch der Politiker und Historiker reiche Belehrung schöpfen. In seinen von hoher Warte aus gesehenen Ausführungen stellt der Verfasser das militärische Geschehen in den weiteren Zusammenhang der weltpolitischen Ursachen und Wirkungen hinein und scheut vor einer rücksichtslosen Kritik der im eigenen Lager begangenen Fehler nicht zurück.

Für das unbefriedigende Kriegsergebnis, wie es in dem überwiegenden Einfluß der Sowjetunion in Europa und Ostasien zum Ausdruck kommt, macht er die folgenden drei während des Krieges begangenen Fehler verantwortlich: die «strategischen» Luftangriffe; die Forderung der bedingungslosen Übergabe; und die fehlerhafte militärpolitische Kriegführung seit 1943.

General Fuller ist der Ansicht, daß das strategische Problem Großbritanniens in erster Linie die Seekriegführung und erst in zweiter Linie die Kriegführung zu Lande gewesen sei. Darum hätte zunächst eine zur Sicherung des Luftraumes über Großbritannien ausreichende Zahl von Jagdflugzeugen gebaut werden müssen; dann Landungsfahrzeuge jeder Art zur Ausnutzung der Seeherrschaft; und schließlich Transport-Flugzeuge zur Versorgung der Landstreitkräfte und Aufrechterhaltung ihrer Beweglichkeit nach durchgeführter Landung.

Wenn man sich aber schon einmal zur einseitigen Luftkriegführung entschlossen hatte, so hätte man den Hauptnachdruck nicht auf die Zerstörung von Städten und jeglicher Industrie legen müssen, sondern auf den Lebensnerv des Feindes: Transport und Treibstoff. Mit eindrucksvollen Zahlen belegt der Verfasser an den Einzelbeispielen der Angriffe auf Köln, Hamburg, Rostock und andere Städte, wie gewaltig die Zerstörung der Wohnviertel und wie gering diejenige der Kriegsindustrie gewesen sei. Auch in humanitärer Hinsicht hält der Verfasser nicht mit seinem Urteil zurück, indem er die Luftangriffe auf die Zivilbevölkerung ein «entsetzliches Abschlachten, das einem Attila zur Unehre gereichen würde» bezeichnet. Die Frage nach dem Urheber dieser Methode beantwortet er mit einem Zitat aus dem Buch von Mr. Spaight [2]), dem Ersten Referenten des Luftministeriums: «Wir begannen, Ziele auf dem deutschen Festland zu bombardieren, bevor die Deutschen begannen, Ziele auf dem britischen Festland zu bombardieren». Während durch diese Luftkriegführung die deutsche Kriegsindustrie bis 1944 nicht entscheidend getroffen worden sei, habe die alliierte Initiative im Westen unter dem Mangel an Landungsfahrzeugen und Transport-Flugzeugen gelitten. Erst am 20. Januar 1944 habe man sich zu wirksamen strategischen Luftangriffen entschlossen.

Für noch tiefergreifend in militärischer und politischer Beziehung hält General Fuller die Proklamierung der «bedingungslosen Übergabe» auf der Konferenz von Casablanca im Januar 1943. Damit sei die Vernichtung des Gegners proklamiert, und der Krieg um zwei Jahre verlängert worden. Dadurch, daß die friedensbereiten Schichten in Deutschland auch zum Verzweiflungskampf gezwungen worden seien, habe der Nationalsozialismus nicht durch den Willen des deutschen Volkes ausgeschaltet werden können. In außenpolitischer Hinsicht sei das Gleichgewicht ver-

---

[2]) J. M. Spaight: «Bombing vindicated», 1944. Zitiert Fuller, S. 222.

nichtet worden und Rußland als die militärisch mächtigste und darum vorherrschende Macht über Mittel- und Osteuropa übriggeblieben.

Dieses vernichtende Urteil über die «bedingungslose Übergabe» findet der Verfasser auch durch die Wirkung auf die anderen Mitglieder der Achse bestätigt. Bei dem Aufstand Badoglios gegen Mussolini habe diese «idiotische Losung», wie Fuller sie einmal nennt, die schnelle und vollständige Waffenstreckung verhindert, den «weichen Unterleib» Italiens in einen Krokodilsrücken verwandelt, den Krieg verlängert, Italien verheert und tausende von amerikanischen und britischen Leben gefordert. Es habe sich daraus ein Feldzug ergeben, der taktisch zu den absurdesten und strategisch zu den sinnlosesten des ganzen Krieges gehört habe.

Auch mit Japan hätten die westlichen Alliierten schon im Juni 1945 den Krieg beenden können, wenn sie nicht auf dieser Forderung bestanden hätten. So aber sei Rußland der politische Weg gebahnt worden. «Die bedingungslose Übergabe bedeutete den politischen Sieg für die UdSSR. Im Verborgenen wurde daher der Krieg ausgefochten, um den Kommunismus anzuregen und auszudehnen».

Dafür aber, daß «der Krieg zwar gewonnen, aber der Frieden verloren wurde», macht Fuller die mangelnde Einsicht der angelsächsischen Staatslenker in die großen außenpolitischen und strategischen Zusammenhänge in den beiden letzten Kriegsjahren verantwortlich. Nach Stalingrad, so meint er, sei der Zusammenbruch Deutschlands nur eine Frage der Zeit gewesen. Dieser sich abzeichnende Umbruch habe eine Umstellung der politischen Kriegführung bei Hitler und Stalin, nicht aber bei den angelsächsischen Staatsmännern zur Folge gehabt. Hitler habe eingesehen, daß er den Verlust des Krieges nur abwenden könne, wenn er ihn politisch führe. Darum habe er die Forderung des «Lebensraumes» für Deutschland fallen lassen und sich zum Vorkämpfer Europas gegen die asiatischen Horden aufgeworfen. Auch die Propaganda von Goebbels habe die Losung vom «Lebensraum» durch die «Festung Europa» ersetzt. So habe Hitler wenigstens versucht, aus der Erkenntnis der veränderten Lage durch Manöverieren zwischen Ost und West das Schlimmste zu verhindern.

Auch Stalin habe unverzüglich seine Folgerungen aus dem sich geltend machenden Übergewicht der russischen Waffen gezogen. Jetzt sei das sowjetische Kriegsziel von der Niederwerfung Deutschlands auf die Eroberung Osteuropas ausgedehnt worden. In politischer Hinsicht hätten ihm die westlichen Alliierten den Weg zu diesem Kriegsziel auf den Konferenzen von Moskau, Teheran und Kairo Ende 1943 freigemacht, wo sie alles über Bord geworfen hätten, wofür sie bisher gekämpft hätten: Atlantic Charter, Polen und die Baltischen Staaten. In strategischer Beziehung habe sich das erweiterte Kriegsziel der Sowjetunion in der Weise ausgewirkt, daß Stalin seine Operationen auf die Einnahme von Wien ausgerichtet habe, denn Wien, und nicht Berlin, sei der Schlüssel zu Osteuropa. So seien die Operationen in südöstlicher Richtung angesetzt worden, «nicht nur um die Ukraine zu befreien, sondern auch um ein Sprungbrett zu gewinnen, von dem aus der Balkan überrannt und der Weg nach Wien freigemacht werden konnte». Während die Westmächte den Krieg «bedingungslos» gewinnen wollten, «beabsichtigten die Russen, als Realisten, den Frieden ebenso zu gewinnen wie den Krieg».

General Fuller weist in fesselnden Ausführungen nach, daß die westlichen Alliierten demgegenüber den Krieg bis zuletzt nur nach militärischen Gesichtspunkten geführt hätten, obwohl es zum mindesten nach der fehlgeschlagenen deutschen Ardennen-Offensive klar gewesen sei, «daß der Krieg aufgehört hatte, ein strategisches Problem zu sein und in einen rein politischen Verlauf eingemündet war». Es habe sich von jetzt ab ein Rennen zwischen zwei politischen Systemen um die Herrschaft über Ost- und Mittel-Europa abgespielt. «Nachdem nichts mehr die Russen an der Besetzung Wiens habe hindern können, lag die einzige Möglichkeit zur Rettung des Restes von Mitteleuropa in der Besetzung Berlins durch die Amerikaner und Briten vor ihrem östlichen Verbündeten». Aber gerade in diesem

kritischen Augenblick habe General Eisenhower übergroße Vorsicht walten lassen. Der Krieg sei nach strategischen Gesichtspunkten weitergeführt worden. «Den Krieg strategisch zu gewinnen und ihn politisch zu verlieren, bedeutete vom Standpunkt der westlichen Alliierten, ihn für null und nichtig zu erklären». In dieser schwerwiegenden Feststellung faßt Fuller seine Betrachtung über die strategische Kriegführung zusammen.

Und wer trägt die Verantwortung für die fehlerhafte Behandlung der drei für das Kriegsergebnis entscheidend wichtigen Probleme: Luftkriegführung, bedingungslose Übergabe, politische Kriegführung seit 1944? Der Verfasser weicht der Beantwortung nicht aus. Für die Luftkriegführung macht er Churchill allein, für die beiden anderen Fragen ihn und Roosevelt gemeinsam verantwortlich. Im amerikanischen Schrifttum der letzten Jahre ist die Politik Roosevelts einer scharfen Kritik unterzogen worden. Es hat den Anschein, als ob jetzt auch der britische Ministerpräsident an die Reihe käme.

Herbert v. Dirksen

Militärische Umschau

Der Sturm im Wasserglas

In den letzten Monaten ist die Frage der *Waffenausfuhr* lebhaft besprochen worden. Die Polemik wurde ursprünglich von sozialdemokratischer Seite heraufbeschworen, weil einige Lieferungen an Franco erfolgt waren. Die Forderung einer völligen Sperrung der Ausfuhr wurde dann auch von bürgerlicher Seite aufgegriffen und, im Hinblick auf unsere Neutralität und auch aus pazifistischen und religiösen Gründen, verfochten. Von den Sozialdemokraten abgesehen gruppierten sich die Kreise, welche die *Neutralität* in den Vordergrund stellten, um den *«Beobachter»* und die *«Tat»*. Als aber die Frage des Beitritts der Schweiz zum *Internationalen Gerichtshof* und zum *Abkommen über die europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit* zur Diskussion standen, haben die gleichen Kreise geschwiegen.

Die aus der Schweiz bisher und auch in Zukunft exportierten Waffen sind Waffen für eine besser ausgerüstete Polizeistreitmacht, nämlich Pistolen, Maschinenpistolen, Gewehre, die alle nicht als kriegsentscheidende Waffen angesehen werden können, ebensowenig wie Fliegerabwehrwaffen. Kriegsentscheidende Waffen dagegen sind: Flugzeuge, Panzer, schwere Artillerie, Raketenwaffen, chemische und bakteriologische Kampfmittel, von denen allen noch nie ein Gramm ausgeführt worden ist. Die Munition aber, die bei Waffen einen entscheidenden Faktor bildet, wurde und wird überhaupt nur so weit ausgeführt, als dies zur Einführung der betreffenden Waffe nötig ist. Unsere Munitionsproduktion ist ja kaum in der Lage, den eigenen Bedarf zu decken.

Die Befürworter eines völligen Waffenausfuhrverbotes kamen stärker zum Wort als ihre Gegner, sie bestürmten auch den Bundesrat mit Eingaben aller Art. Um so erfreulicher ist es, daß der Bundesrat fest blieb. Als Beispiel für die vielfach mit Schlagworten operierende Propaganda sei an die *Proklamation an die schweizerischen Christen* einer Anzahl Pfarrherren erinnert, die vom *Schweizerischen Evangelischen Pressedienst* in seiner Nummer 6, 1949, publiziert wurde. Es kam dieser Veröffentlichung insofern erhöhte Bedeutung zu, als dieser Pressedienst zum mindesten im Kanton Zürich offiziösen Charakter trägt. So vermittelte er z. B. noch bis ins Jahr 1948 hinein die Einladungen des Kirchenrates zur zürcherischen Synode an die Presse. In der erwähnten Proklamation wurden die Sendung von Liebesgaben ins Ausland und die Waffenausfuhr als unhaltbare Gegensätze hingestellt. Die dabei zum Ausdruck kommende «Bewußtseinsspaltung von ungeheurem Aus-

maß» ist nach Ansicht der Unterzeichner der Proklamation «so etwas wie die Schizophrenie eines ganzen Volkes». Der große und fromme Gelehrte *Andreas Heusler* sagt in seiner *Geschichte der Stadt Basel:* «Es tut nicht gut, wenn Pfarrer Politik treiben wollen, sie sind keine politischen Köpfe ...».

Die Ausführungen im bundesrätlichen Bericht vom 13. September 1937 haben noch heute ihre volle Gültigkeit:

«Wir sind auf unsere private Rüstungsindustrie unbedingt angewiesen, denn wir können nicht unseren Gesamtbedarf an Kriegsmaterial in den Werkstätten des Bundes decken... Die private Rüstungsindustrie ist für die Erhaltung ihrer Lebensfähigkeit auf den Außenhandel angewiesen. Eine vollständige Unterbindung der Ausfuhr müßte daher unsere Privatindustrie schwer gefährden, was sich wiederum auf unsere eigene Wehrbereitschaft nachteilig auswirken würde» (Bundesblatt 1937, Band II, S. 558).

Die gegenwärtige Regelung beruht auf Art. 41 der Bundesverfassung. Er legt für die Waffenein- und -Ausfuhr die Notwendigkeit einer *Bewilligung des Bundes* fest. Der Artikel umschreibt im weiteren die Kompetenzen des Bundesrates zur Festlegung der Bewilligungsbestimmungen, die Überwachung der Konzessionäre und das in Frage kommende Material. Die Möglichkeit, auf dem Wege der Initiative diesen Verfassungsartikel abzuändern, bleibt aber selbstverständlich offen, und die Behauptung, der am 29. April 1938 in Kraft getretene Art. 41 binde den Souverän endgültig, ist daher unzutreffend.

Der Wortlaut des neuesten Beschlusses des Bundesrates über eine beschränkte Waffenausfuhr ist in der Presse veröffentlicht worden (siehe z. B. N.Z.Z., Nr. 637). Die Beantwortung der Motion *Jaeckle,* die den Einbau eines unbeschränkten Waffenausfuhrverbotes in die Verfassung forderte, gab dem Bundesrat Gelegenheit, seinen Entscheid näher zu begründen. Er tat dies in umfassender und überzeugender Weise. Es rechtfertigt sich, seine wichtigsten Argumente hier festzuhalten.

Der im Juni 1946 erfolgte Erlaß eines auf sechs Monate befristeten allgemeinen Waffenausfuhrverbotes deckte die nachteiligen Folgen für die einheimische Rüstungsindustrie auf. Nach Ablauf der Frist wurde daher das Verbot gelockert und auf bestimmte Waffen beschränkt. Das seither mehrmals verlängerte, eingeschränkte Waffenausfuhrverbot ermöglichte eine kontrollierte und in korrekter Weise durchgeführte Waffenausfuhr. Wichtig ist die Feststellung, daß keine Bewilligung zur Waffenausfuhr ohne Zustimmung des Politischen Departementes erfolgt ist. «Herumgebotene Gerüchte, daß ausgeführte Waffen ihren Bestimmungsort nicht erreichten und an kriegführende Staaten weitergegeben wurden, entbehren der Begründung».

Selbstverständlich muß das Problem der Waffen- und Kriegsmaterialausfuhr sowohl vom politischen als auch vom militärischen Standpunkt aus gewürdigt werden. Darum suchte der Bundesrat einen Mittelweg, der den politischen und militärischen Interessen gerecht wird. Das Haager Abkommen von 1907 gestattet einem neutralen Staat Aus- und Durchfuhr «von allem für ein Heer oder eine Flotte Nützlichem», sofern Beschränkungen und Verbote gleichmäßig angewendet werden. Die im letzten Krieg nach den Ländern beider Parteien durchgeführte Ausfuhr ermöglichte als Gegenleistung wichtige Einfuhren, deren Ausbleiben unsere Wirtschaft weitgehend gelähmt» und unsere Landesverteidigung stark geschwächt haben würde.

Das Interesse an der Erhaltung freundschaftlicher Beziehungen mit allen Ländern auferlegt uns in der Frage der Waffenausfuhr eine weise Selbstbeschränkung. Anderseits leistet die Schweiz durch Festhalten am Grundsatz der bewaffneten Neutralität einen wesentlichen Beitrag zur Erhaltung des Friedens, deren Wirksamkeit von neuzeitlichem Waffen- und Kriegsgerät abhängt. Während in normalen Zeiten Waffen und Kriegsmaterial aus dem Ausland bezogen werden können, sind wir im Kriegsfall ganz auf uns selbst angewiesen. Da es unverantwortlich wäre, sich in bezug auf Kriegsmaterialbeschaffung in die völlige Abhängigkeit des Auslandes zu begeben, dürfen wir nicht auf die Erhaltung einer leistungsfähigen einheimischen

Rüstungsindustrie verzichten. Diese ist aber ohne beschränkte Ausfuhrmöglichkeit nicht lebensfähig [1]). Die Entwicklungskosten der Waffenfabriken müssen auf eine größere Menge von Fabrikaten verteilt werden können. Nur bei größeren Produktionsmengen können interessante Preise erzielt werden, die für die Armee tragbar sind. An der Generalversammlung der «Gesellschaft für die Vereinigten Nationen» am 27. Februar in Bern sagte Nationalrat *Börlin*: «Kommt die Produktion teurer zu stehen, wenn wir nicht exportieren, so sind auch die sich ergebenden Mehrkosten zu tragen» (N.Z.Z., Nr. 424). Der Bundesrat weist aber nach, daß die heute von der privaten Industrie geleisteten, viele Millionen kostenden Studien- und Entwicklungsarbeiten ohne beschränkten Export nicht mehr übernommen werden könnten. Wie schwer es fallen würde, den Kredit für diese zusätzlichen Millionen zu erhalten, läßt sich leicht ausmalen, wenn wir uns daran erinnern, daß in der Dezembersession 1948 der Kredit der Kriegstechnischen Abteilung für Entwicklungen, Versuche etc. um eine Million gekürzt worden ist (vergl. Märzheft 1949, S. 786).

Die von Nationalrat *Börlin* in der erwähnten Versammlung zur Sprache gebrachte *Verstaatlichung der Rüstungsindustrie* hätte, nach Ansicht des Bundesrates, zur Folge, «daß die Werkstätten und Fabriken des Bundes erweitert und das staatliche Personal in bedeutendem Umfange vermehrt werden müßte». Der Bundesrat fügt bei: «Die Mehrausgaben, die sich für den Bund ergeben würden, wären unübersehbar».

Die Behauptung der «Tat» in ihrer Nr. 98, der Bundesrat habe die Argumentation des Verbandes Schweizerischer Maschinenindustrieller übernommen, «ohne auch nur mit einem einzigen Wort den Beweis für diese Behauptungen anzutreten», muß zurückgewiesen werden. Es versteht sich doch von selbst, daß der Bundesrat nicht detaillierte Zahlen der Privatindustrie ohne Vertrauensbruch aufmarschieren lassen durfte. Er war aber in der Lage, die Folgen aufzudecken, welche nur schon die Drohung eines Waffenausfuhrverbotes für die private Rüstungsindustrie hatte: «Abwanderung von geeigneten Forschern und Technikern ins Ausland» und Aufkauf schweizerischer Spezialmaschinen der Rüstungsindustrie seitens ausländischer Unternehmungen.

Der Bundesrat stellt sodann fest, «daß der Umfang der in Frage kommenden Ausfuhr von in der Schweiz hergestellten Waffen einen verschwindend kleinen Teil des Rüstungspotentials selbst eines Kleinstaates darstellt». Authentische Zahlen mögen diese Feststellung bekräftigen:

USA-Produktion von 1940—Juli 1945:

Handfeuerwaffen und Maschinengewehre	17 255 000	Stück
Maschinenkanonen, Minenwerfer und Geschütze	585 556	„
Panzerkampfwagen aller Art	87 235	„
Selbstfahrwaffen (Pz.jäger, Sf.Art, Sf.Flab)	48 816	„
Flugzeuge aller Art	227 735	„
Motorlastwagen aller Art	2 347 000	„
Kleinkalibrige Munition aller Art	39 952 000 000	Schuß
Art.Mun. und Mw.Mun.	283 067 000	„
Flugbenzin	9 522 000 000	Liter

Gegenüber solchen Ziffern ist die schweizerische Produktionskapazität = 0.

---

[1]) In diesem Sinne schrieb der Generalstabschef in seiner letzten Sommer erschienenen Schrift «Unsere Landesverteidigung»: «In Anbetracht der großen Qualitäten unserer Ingenieure und Industriellen könnte eine schweizerische Kriegsindustrie lebensfähig und finanziell interessant sein, wenn sie neben der Belieferung unserer Armee auch exportieren könnte» (S. 31).

Produktion in Deutschland im Jahre 1944:

Panzerkampfwagen IV, V, VI	8 330	Stück
Sturmgeschütze, Panzerjäger, Selbstfahrgeschütze	10 800	„

Schweizerischer Export = 0; Produktion = 0.

Munitionsverbrauch USA 22. 1. 44—31. 5. 44 = 128 Tage Krieg allein bei Anzio:

Art.- und Panzermunition	2 610 850	Schuß
7,62 mm Inf.Munition	3 306 250	„
11,4 mm Mp. und Pist.Mun.	5 906 850	„
Bazooka-Raketengeschosse (Pz.Abwehr)	71 400	„
Handgranaten	314 300	Stück

Die schweizerischen Lieferungsmöglichkeiten sind gegenüber solchen Verbrauchsziffern = 0.

Produktionsstätten in Rußland (Rüstungswerke), wenige Beispiele als Anhaltspunkt:

	Arbeiterzahl	
Stahlwerke Azovstalj in Mariupol, Ausdehnung 40 km²	30 000	Mann
Aluminiumwerke Krasniturinsk	45 000	„
Stahlwerke Stalingrad-Bezirk	60 000	„
Werke «Roter Oktober» Stalingrad	65 000	„
Flugmotorwerk Tschernigowka	20 000	„
Flugzeugwerke Tiflis	20 000	„
„ Kuibyschew	10 000	„

Kapazität der russischen Flugzeugindustrie pro Jahr 60 000 Flugzeuge
Zahl der Beschäftigten rund 350 000 Arbeiter

Verglichen mit solchen Zahlen ist die schweizerische Produktion = 0.

Produktionsstätten in USA für Flugzeuge:

Boeing	Arbeiterzahl	17 000	Mann
Lockheed	„	12 000	„
Douglas	„	9 000	„

In der schweizerischen Waffenfabrikation sind nicht einmal 1000 Arbeiter tätig. Einige Rüstungswerke in Stalingrad und Umgebung beschäftigen zusammen doppelt so viel Arbeiter als die Kruppwerke in Essen in der Zeit der stärksten Belegschaft. Das Tageswerk einiger weniger russischer Rüstungswerke ist größer als unsere gesamte Jahresproduktion, und unsere größten Fabriken sind nach amerikanischen, geschweige nach russischen Begriffen kleinere Werkstätten.

Von besonderer Wichtigkeit ist auch die Tatsache, daß in einem Kriege dem *laufenden Waffenersatz* größte Bedeutung zukommt. Ausschlaggebend sind z. B. nicht die in Rußland bereitstehenden 40 000 Panzerkampfwagen, sondern die Möglichkeit, diese rasch ersetzen zu können, um das in der Ordre de bataille errechnete Soll aufrecht zu erhalten. Die *durchschnittliche Lebensdauer von Waffen im Kampfe* wird, ganz allgemein betrachtet, wie folgt kalkuliert:

Panzerkampfwagen oder Sturmgeschütze ca. 50 abgegebene Schüsse.
Panzerabwehrkanone ca. 25 abgegebene Schüsse.
Flugzeug ca. 10 Feindflüge bzw. Einsätze.

Um die Kampfstärke aufrechtzuerhalten, muß infolgedessen der Ersatz an Waffen im Krieg so groß sein, daß selbst ansehnliche Friedenslieferungen der Schweiz an andere Länder deren Kampfpotential überhaupt nicht beeinflussen können. Aus den angeführten Zahlen ergibt sich, daß die Vorkämpfer des Waffenausfuhrverbotes keine Vorstellung der wirklichen Größenverhältnisse in der Welt haben und, hinsichtlich Rüstungskapazität, die Rolle der Schweiz als viel zu wichtig hinstellten.

Auch ein Vergleich auf dem Kostengebiet trägt zur Klärung bei. Allein auf *englischer* Seite kostete ein Tag Krieg mehr als bei uns ein Jahr Aktivdienst mit allem Drum und Dran. Rechnet man Amerika, Rußland und Deutschland dazu, so entsprechen die Kosten für wenige Stunden Krieg unseren Kosten für ein Jahr Aktivdienst. Der Bundesrat rechnet mit einer Waffenausfuhr für ca. 10 Mio. Franken. Für uns ist dieser Betrag aus den angegebenen Gründen von erheblicher Bedeutung, in den Augen der Großmächte aber eine quantité négligeable.

Der Bundesrat weist mit Recht nach, daß im Zeitalter des totalen Krieges optische Instrumente, Telephon- und Telegraphenmaterial, Motoren aller Art, ja selbst Uhrwerke und Uhrwerkbestandteile zur Erhöhung des Kriegspotentials beitragen können. Es könnten somit in der Praxis überhaupt keine Grenzen gezogen werden. Würde nicht im gegebenen Fall eine für ein Kraftwerk bestimmte Turbine für Rüstungszwecke eine weit bedeutungsvollere Rolle spielen können als Pistolen und Gewehre? Hätten wir es in der Hand, zu entscheiden, ob die zu friedlichen Zwecken gelieferten Maschinen im Ausland zu Rüstungszwecken verwendet werden dürfen oder nicht?

Im Gegensatz zur «Proklamation an die schweizerischen Christen» hatte die *Basler Kirchensynode* in ihrem Beschluß zur Waffenausfuhr die einschränkende Klausel beigefügt: «sofern dadurch die Landesverteidigung nicht gefährdet wird». Der Bundesrat hat, auch wenn die «Tat» in ihrem Leitartikel «Politik des schlechten Willens» (Nr. 98) dies bestreitet, den Nachweis erbracht, daß ein uneingeschränktes Verbot der Waffenausfuhr «schwerwiegende Folgen für die schweizerische Landesverteidigung» haben würde. Er hat sich anderseits dafür verbürgt, «keine unsauberen Geschäfte» zu dulden und ist sich der von der Zürcher Kirchensynode erhofften ernsten christlichen Verantwortung wohl bewußt.

In seinem weisen Beschluß hat der Bundesrat die aus politischen, ethischen und religiösen Gründen geäußerten Besorgnisse im Rahmen des Möglichen berücksichtigt und gleichzeitig die Interessen der Armee und damit auch des Landes gewahrt.

Miles